

crossover: lernen und/oder regieren?

Benjamin Hoff und Robert Zion im Streitgespräch

prager fröhling: Was gefällt euch eigentlich bei der jeweils anderen Partei besonders gut?

Benjamin Hoff: Ich glaube die Stärke der Grünen besteht darin individuelle Freiheitsrechte nicht sozialen Rechten gegenüber zu stellen. Das ist ein unzweifelhafter Vorteil einer grünen Bürgerrechtspartei gegenüber einer bedauerlicherweise noch nicht ausreichend entwickelten sozialistischen Bürgerrechtspartei.

Robert Zion: Ich finde es ausgesprochen gut, dass mit der Partei Die Linke ein Teil der Bevölkerung eine parlamentarische Vertretung erhalten hat, der aus den politischen Prozessen zuvor herausgefallen ist. Es ist gut für die Demokratie, dass jene heute eine Stimme erhalten haben, die im Zeitalter des Neoliberalismus unter die Räder gekommen sind.

PF: Benjamin, du sprichst häufig von radikalreformerischer Politik. Inwiefern grenzt sich das denn von gängiger Reformpolitik ab?

Hoff: Radikalreformerische Politik versucht Reformen zu definieren, die geeignet sind, im hier und jetzt zu beginnen, aber gleichzeitig immer über diese Dimension hinausweisen. Wenn also über sozial-ökologischen Umbau gesprochen wird, so ist das nicht zu trennen von Reichtums-Umverteilung und mehr Mitbestimmung. Ökologische Gerechtigkeit ist soziale Gerechtigkeit und gerät zwangsläufig in Konflikt mit Machtfragen und Konzerninteressen. Radikale Reformen begreifen Politik als realpolitischen und dialektischen Prozess.

PF: Robert, du beziehst dich vor allem auf den Begriff Transformation. Geht das in die gleiche Richtung wie Benjamins radikalreformerische Politik?

Zion: Im Wesentlichen teile ich das. Transformation ist natürlich ein Begriff, der versucht den alten Gegensatz zwischen Bernstein und Luxemburg vergessen zu lassen, aber eben nicht aufzulösen. Hier sehe ich mich in einer postmodernen Tradition und setze mich eher für ein differentielles Denken ein. Ich glaube daher, dass der alte Gegensatz zwischen den Staat kapern und den Staat reformieren hinfällig geworden ist. Wir müssen auch selbstkritisch sein. Ich sage auch immer: Wenn jemand sagt, ich möchte Sozialismus, sage ich: War auch scheiße.

Heute gilt es im Sinne einer pluralen Organisation zu denken entsprechend Hardt/Negris Konzept der Multitude. Das heißt, dass sowohl Regierungspolitik, die reformerisch ist in dem Sinne, dass sie an die Wurzel der Probleme geht, als auch politische Widerstandsformen, wie sie sich in Lateinamerika beobachten lassen oder auch in Deutschland bei Bildungstreiks, ihre Berechtigungen besitzen und ein gemeinsames Bild ergeben können. Ich würde vielleicht noch etwas zur ökologischen Frage ergänzen wollen. Hier haben die Strukturfragen immer etwas mit den Größeneinheiten zu tun, die man organisiert. Man wird schlichtweg zu kleineren Einheiten kommen müssen. Wir brauchen mehr Selbstverwaltung, -verantwortung, -bestimmung um Machthierarchien herauszunehmen.

PF: Es geht also darum, bestehende Machtstrukturen in Frage zu stellen. Ein Projekt, das du stark machst ist das bedingungslose Grundeinkommen (BGE). Entspricht das BGE oder ein anderes Projekt radikalreformerischer Politik?

Zion: Die Bürgerversicherung, in die alle Einkommensarten ran müssen, ist ein wichtiges Projekt. Die Debatte um das Grundeinkommen ist ein Prozess, der Dinge sichtbar machen kann, trotz des normierten medialen Diskurses. Man wird sehr offen über die Zukunft der Arbeit sprechen müssen, sonst werden wir weitere Verwerfungen in der Gesellschaft erleben, insbesondere weil sich der Wandel nicht mehr administrieren lässt. Die fehlende Begriffsbildung über den Wandel der Arbeitsgesellschaft macht uns unfähig die Vorgänge zu begreifen und führt zu einer schlechten Politik. Vorerst ist das BGE auf dem Weg diese Auseinandersetzung anzustoßen. Ob es denn ein weiterführendes Projekt wird und mit wem, ist unklar bzw. schwer vorauszusagen.

PF: Um vielleicht etwas konkreter zu werden: Gibt es ein vorstellbares Bündnis, das das BGE als Projekt tragen könnte?

Hoff: Ich halte es für fraglich, dass das BGE ein realistisches Projekt für eine rot-rot-grüne Regierung sein könnte und sollte. Aber das BGE hat das Potenzial eines radikalreformerischen Projektes, da es zur Diskussion und zum Nachdenken über bestehende Verhältnisse anregt. Im Regierungsfalle würde man sich auf Zwischenschritte verständigen müssen und diese Zwischenschritte würden Gegenstand von hoffentlich konstruktivem Streit sein. Derzeit ist unklar, ob sich eher gewerkschaftlich geprägte Kritiker – deren Skepsis ich teile – und emanzipatorische Befürworter des BGE miteinander verständigen können. Dazu bedarf es eines entsprechenden Umfeldes aus Initiativen, kritischer Wissenschaft und Verbänden, das die Parteien und ihre Debatten trägt und sich daran beteiligt.

PF: Robert, deine Partei hat von 1998 bis 2005 mitregiert. Rot-Grün ist auch einmal als Reformprojekt gestartet. Woraus muss man seine Lehren ziehen, wenn man ein angestrebtes Projekt neu denkt?

Zion: Rot-grün hat eine gesellschaftliche Liberalisierung geleistet. Die Homoehe ist nur ein Beispiel, aber man hat auch endlich mal darüber geredet, wie schlimm mit Migrantinnen oder Flüchtlingen umgegangen wird. Im ökologischen Bereich hat man vieles angestoßen. In der Außenpolitik ist man in der Wirklichkeit angekommen, um das mal so krass zu sagen. Rot-Grün hat den Kosovo Krieg nicht geführt, sondern mitgemacht. Das mag haarspaltig klingen, aber es besteht ein Unterschied. Die Alternative wäre ganz klar gewesen, in die Opposition zu gehen und dann auch im Bundestag als nicht regierungsfähig zu gelten. Das ist in meinen Augen kein Opportunismus. Es ist einfach das Fahrwasser, in welches man außenpolitisch hineingerät. Deshalb müssen wir uns Gedanken darüber machen, was eine internationale Friedenspolitik sein kann, jenseits des klassischen Nationenrechts und des daraus abgeleiteten Völkerrechts. Ich glaube, das Völkerrecht und die Vereinten Nationen sind dermaßen geschwächt worden in dieser ganzen Phase seit der Jahrtausendwende, dass wir in der Frage globaler Friedenspolitik eine Art Weltbürgerrecht brauchen wie Hardt und Negri es nennen.

PF: Wie lässt sich denn vermeiden, dass man in ein solches von außen bestimmtes Fahrwasser hineinkommt? Wie müsste ein solches Projekt aussehen?

Zion: Es lässt sich nicht vermeiden in dieses Fahrwasser hineinzugeraten. In einer Bundesregierung kann man nicht einfach den Bankensektor verstaatlichen mit den großen Börsenplätzen und internationalen Verträgen im Rücken. Dabei wird man sich darauf einlassen müssen, dass nur halbgeare Lösungen herauskommen. Es ginge dann darum, entsprechende Institutionen aufzubauen, die die alten ersetzen. Ein weiterer Gedanke: Ihr habt ja eure Wähler und wir haben unsere Wähler, aber diese Interessen unserer Wähler lassen sich zusammenführen. Wir haben eher die gebildeten Eliten, in dem was Richard Florida die „creative class“ nennt. Und bei euch, obwohl sich auch hier neue Tendenzen abzeichnen, die klassische Arbeiterschicht. Die gesellschaftlichen Gruppen mitzunehmen, die Interessen zusammenzuführen und dann ein Projekt zu initiieren, das dann auch durchschlagen wird gegen Widerstände.

PF: Benjamin du hast ja auch schon ein bisschen Regierungserfahrung. Welche Fehler kann man möglicherweise vermeiden und was ist gut gewesen?

Hoff: Ich würde zwei Ebenen voneinander trennen. Aus meiner Sicht ist ein Crossover- Prozess, der sich nur auf drei Parteien bezieht, interessant aber unbefriedigend. Es muss uns gelingen, dass die drei Parteien und das ihnen nahestehende gesellschaftliche Umfeld gemeinsam diskutieren. Dies erst schafft den erforderlichen gesellschaftlichen Resonanzboden, den politische Vorhaben einer Reformregierung benötigen, der sie trägt und auch gegebenenfalls gegen große Widerstände verteidigt. Je besser ein Crossover-Prozess funktioniert, umso stärker entstehen gesellschaftliche Bündnisse, die sich dann auch in Parteien abbilden werden. Wir dürfen nicht vergessen: Parteien bestimmen die gesellschaftliche Debatte immer weniger. Sie benötigen daher eine hohe Sensibilität, gesamtgesellschaftliche Diskurse aufzunehmen.

Die normative Überhöhung einer Regierungsbeteiligung teile ich so nicht, weil sie diesen überhöhten Ansprüchen nicht gerecht werden kann. Deshalb muss ein Crossover-Prozess immer weitergehen als das was ein rot-rot-grünes Regierungsbündnis machen könnte.

PF: Konkret heiße das?

Hoff: Das heißt, jetzt Regeln für eine Regierungsbeteiligung aufzustellen macht keinen Sinn, weil die kommende Situation eine andere sein wird, als die jetzige. Regierungen sind Kompromissinstrumente und sie haben deshalb immer eine Begrenztheit. Es wird deshalb aus linker Perspektive nie eine wirklich gute Linksregierung geben. Weil zum Regieren immer gesellschaftliche und zuerst koalitionäre Kompromisse gehören. Deshalb ist die Überhöhung und Fokussierung auf ein mögliches rot-rot-grünes Regierungsbündnis weniger spannend als die Diskussion, die über ein radikalreformerisches gesellschaftliches Bündnis geführt werden müsste. Hier haben wir aber ein morbides politisches Umfeld. Gewerkschaften brechen die Mitglieder weg, die globalisierungskritische Bewegung ist in der

Wirtschaftskrise kaum spürbar. Andererseits: 2009 gab es einen unheimlich guten Bildungsstreik, der deutlich erfolgreicher gewesen ist als jene Mitte der Neunziger. Gleichzeitig haben wir die schlechteste Hochschul- und Schulorganisation seit Jahrzehnten. Neue Handlungsmöglichkeiten müssen erschlossen werden wie z.B. Formen von „organizing“-Politik. Der Crossover-Prozess soll durchaus zu einer Linksregierung führen. Aber die Regierung ist immer nur ein Teil politischer Veränderung und radikalreformerisch vermutlich nicht der entscheidende. Das habe ich wohl in der Zeit bevor ich selbst in die Regierung gegangen bin auch noch ein bisschen anders gesehen.

Zion: Es geht weiterhin um die Demokratisierung der Gesellschaft. Endlich muss die Demokratie durch die Werkstore gelassen werden, eine Aufgabe, die die Gewerkschaften früher noch lauter vertreten haben als heute.

PF: Uns würde natürlich auch noch die Frage nach den sozialen Bewegungen interessieren. Seht ihr Ansätze bei den Bewegungen und eine gemeinsame Grundlage?

Hoff: Was wir heute im Crossover-Prozess nicht mehr machen können, ist davon auszugehen, dass wir als Parteien in der Tradition der ArbeiterInnenbewegung einen großen Teil sozialer Bewegungen internalisieren. Wir haben zwar Mitglieder die Verknüpfungen zu diesen Organisationen besitzen, aber die Organisationen existieren ohne die zwingende Bezugnahme auf die Parteien. Deshalb müssen wir uns die Mühe machen, diese Bezüge herzustellen. Obama hat dies zeitweise geschafft. Dadurch entstand Mobilisierung, Veränderung – siehe die Gesundheitsreform. 30 Millionen Menschen sind jetzt in den USA mehr krankenversichert. Politik ist die kollektive Durchsetzung von Interessen.

PF: Die Linkspartei lässt sich ja als Partei alter Ordnung verstehen, während die GRÜNEN als Partei neuer Ordnung entstanden sind. Gibt es formale Ansätze die Modernisierungspotenziale besitzen und Ideen aus den sozialen Bewegungen aufgreifen?

Hoff: Parteien sind in zunehmendem Maße weniger Mitgliederparteien, sondern werden Wählerparteien. Es hat in den neunziger Jahren schon Modernisierungsversuche gegeben, z.B. durch das Internet und Probemitgliedschaften. Das sind alles Versuche gewesen, mit einem veränderten Organisationbewusstsein umzugehen. Ob linksalternative Parteien für Menschen spannend sind, wird sich daran zeigen, ob sie konkreter Teil gesellschaftlicher Debatte und wirksamer Ort von Einflussnahme sind. Nach 1968 ist es der SPD zeitweise gelungen, als eine authentische Vertreterin dieser Umbruchphase wahrgenommen zu werden. Eine Wiederholung dessen kann man nicht planen oder erzwingen. Aber die klassische Mitgliederpartei – die wird es meines Erachtens nicht mehr geben.

Zion: Erst mal glaube ich, dass man Bewegungen heute nur noch global denken kann. Das betrifft die ökologische Frage, die soziale Frage, die friedenspolitische sowieso aber auch die Bürgerrechtsfrage. Da muss man sich einfach angucken was überall passiert. Am interessantesten finde ich was man eigentlich gar nicht mehr soziale Bewegung nennen kann, sondern soziales Experiment nennen müsste: Zapatisten, Morales in Bolivien. Man kann da einfach viel von diesen Bewegungen lernen. Ich würde mir wünschen, man würde sich mal ansehen, wie Morales die Ölförderung organisiert und welches Politikmodell dort Anwendung findet und eben nicht der klassischen Kategorie entweder verstaatlichen oder privatisieren zuzuordnen ist. So etwas sollte man sich mal zum Vorbild nehmen. Es gibt eine Menge zu lernen.

Autoreninfo

Robert Zion ist Philosoph und Vorstandssprecher der Grünen Gelsenkirchen. Benjamin Hoff ist Staatssekretär in der Berliner Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz und bei der LINKEN.

Wir sind Mitte

... oder die Angst vor Alternativen

Von Eva Hillebrand

Die in der bundesrepublikanischen Politik seit den 50er-Jahren herrschende "Magie der Mitte" ist Resultat traumatischer geschichtlicher Erfahrungen: die Antwort auf die Erfahrung des Zeitalters der Extreme mit seiner Zerstörung der Bürgerlichkeit. Im Laufe der Jahrzehnte, insbesondere nach dem Mauerfall, wurde die Mitte zur alternativlosen Position stilisiert. Zur gewissermaßen eingelösten Utopie.

Der Weg der Grünen in die Mitte steht dafür exemplarisch, die SPD hat beim Versuch, die Deutungshoheit über die Mitte zu gewinnen, den linken Flügel verloren, aus dem eine eigenständige Partei jenseits der Mitte erwuchs. Angela Merkel hat die CDU weniger ideologisch entkernt als viel mehr die politische Mitte zu einer ökonomischen transformiert. Was bedeutet es für die Demokratie und für die Wähler, wenn diese Allerweltparteien fast jedes Protestpotenzial in der Mitte einschmelzen?

**Deutschlandradio Kultur, Zeitfragen
08. November 2010, 19.30 Uhr**

Take 1, Angela Merkel

Die Zukunft Deutschlands liegt in der Mitte. Ganz gleich, welche Kapriolen andere drehen, wir halten Kurs. Da, wo die Mitte ist, sind wir und da, wo wir sind, ist Mitte.

Sprecher vom Dienst:

Wir sind Mitte

oder die Angst vor politischen Alternativen

Eine Sendung von Eva Hillebrand

Take 2: Gerd Langguth

Mitte, ja was heißt eigentlich Mitte? Mitte heißt ja, dass man auch ausschlagen kann innerhalb einer Partei mal nach rechts, mal nach links.

Sprecherin:

Die politische Mitte hat in der Politik der Bundesrepublik von Beginn an eine zentrale Rolle gespielt:

als Resonanz auf die traumatischen geschichtlichen Erfahrungen

des Nationalismus, als Antwort auf die Zeit der Extreme in der Weimarer Republik .

Gerd Langguth, Politikwissenschaftler.

Take 3: Gerd Langguth

Die CDU war eigentlich von Anfang an ausgesprochen die Partei der Mitte.

Man muss sehen, dass die Mittepositionierung der CDU die Voraussetzung für Ihren gewaltigen Erfolg unmittelbar auch nach dem Krieg war.

Sprecher:

Konrad Adenauer trug seinen CDU-Mitbegründern auf, Selbstverortungen wie "rechts", "konservativ" oder "bürgerlich" beiseite zu lassen. Und sich bundesweit scheinbar unideologisch als eine "Partei der Mitte" zu bezeichnen, die mit der christlichen Weltanschauung verbunden ist und die dem Wunsch in der Bevölkerung nach Entpolitisierung sehr entgegen kam.

Take Gerd 4: Langguth

Wenn man in der Mitte steht, dann kann man natürlich leichter Positionierungen in bestimmten Fragen einnehmen. Mal in der Sozialpolitik mal linker sein, in der Gesellschaftspolitik mal konservativer sein, das war aber gleichzeitig immer die Voraussetzung des Erfolges, dass man eine Einsammelnpartei von möglichst vielen Strömungen und Stimmungen in der Gesellschaft war, und dass das natürlich eher die Integration breiter Bevölkerungskreise ermöglicht hat. Man muss allerdings sehen, dass der Gedanke der Mitte früher auch, ja durch die Gegnerschaft zum Sozialismus sehr deutlich wurde und deswegen hat sich ja doch ein Teil der Diskussion um -was ist politische Mitte- auch immer als ein Gegensatzpaar zum real existierenden Sozialismus der DDR in der deutschen Diskussion entwickelt.

Sprecherin:

Die politische Mitte definiert sich also -nicht nur, aber auch- durch die Ausgrenzung der Ränder. Sie positioniert sich damit als Chiffre für das Gute und Richtige, für Gleichgewicht, Harmonie und Überparteilichkeit, für Maß und Ordnung.

Die Mitte, das sind wir. An den Rändern, da hausen die anderen.

Sprecher:

Die Ränder wurden beispielsweise im KPD-Verbot von 1956 deutlich markiert. Von dem Urteil gingen ernsthafte Bedrohungen gegenüber allen Linksabweichlern aus, die auf das damalige linke Lager eben so abschreckend wirkten, wie der erstarkte Antikommunismus des kalten Krieges. Als Konsequenz entwickelte die SPD 1959 das Godesberger Programm mit dem die Partei ihren einstigen Charakter als "Klassen- und Weltanschauungspartei" aufgab. Die SPD richtete ihren Kompass an der politischen Mitte aus und avancierte so zu einem potenziellen Koalitionspartner auf Regierungsebene.

Robert Zion, Politiker der Grünen in Nordrhein-Westfalen.

Take 5: Robert Zion

Die Mitte war der Grundkonsens in der bundesrepublikanischen Gesellschaft, es war ein ökonomischer Grundkonsens, durch permanentes Wachstum konnte man den

Klassenkompromiss herstellen, man hatte relativ ausgebaute Sozialversicherungssysteme. Dieser alte Grundkonsens hat damals immer die Mitte definiert, im Grundgesetz steht für mich nur ein einziger Satz: "Wohlstand für Alle". Alles andere ist- legalistischer Überbau. Das können Sie in Reden von Erhard und Adenauer könne Sie das so genau nachlesen, das sie sozusagen immer dann, wenn sie von dem was für Sie Politik ausmacht in dieser zu schaffenden Bundesrepublik, das ist alles rein ökonomisch definiert.

Sprecherin:

Das Wirtschaftwunder, der versprochene Wohlstand für alle schenkte der Bundesrepublik einen breiten sozialen Aufstieg. Große Teile der Arbeiterschaft entfernten sich von Klassenbewusstsein und Parteilieue und begannen sich zu verbürgerlichen. Sie orientierten sich am Leistungsprinzip, dem Willen zum gesellschaftlichen Aufstieg vor allem durch Bildung. Willi Brandt und seine Genossen erkannten und umwarben diese neuen Zielgruppen: Eine Melange aus der Traditionswählerschaft mit den neuen Mittelschichten, ein Bündnis aus dem demokratischen Teil der ehemaligen Arbeiterbewegung und einem inzwischen politisch geläuterten sozialliberalen Bürgertum. Diese neue potentielle Wählerschaft der Sozialdemokraten repräsentierte - so die Hypothese - die Mehrzahl der Bevölkerung und wurde politisch verortet in der "Neuen Mitte".

Zitator: Matthias Machnig

Also zunächst mal: Die politische Mitte ist nicht existent, sondern die politische Mitte und deren Reklamation ist nichts anderes als eine politische Kampfformel, weil derjenige, der sich als Mitte definiert, definiert andere als nicht in der Mitte, also an den Rändern stehend. Das ist eine Frage von -nicht Mitte- sondern von Deutungshoheit und auch von Personen, die glaubwürdig für ein solches politisches Angebot stehen.

Sprecher:

meint Matthias Machnig. 1998 und 2002 Leiter der Kampa, der Wahlkampfzentrale der SPD, ein deutscher spin doctor.

Zitator: Matthias Machnig

Wenn man sich anschaut, dann im Laufe von Jahrzehnten, in der bundesdeutschen Geschichte, wo denn die Mitte, also die Mehrheit und die Deutungshoheit lag, so wird man doch verstehen, dass sich dieses verschoben hat, weil die Brandtsche Mitte, also die Brandtsche Deutungshoheit war doch eine völlig andere, als die von Konrad Adenauer.

Take 6: Robert Zion

Brandt hat ja die Bewegung der 68-er in die politische Klasse hineingeführt und das als Mitte definiert, oder als den Weg, den jetzt die politische Mitte zu gehen hat. Also es is'n historischer Prozess, der da stattfindet.

Sprecherin:

Mit der Inklusion der ehemaligen 68-er hatte die Mitte an kultureller Vielfalt gewonnen und war nach links gerückt. Bis das Pendel wieder zurückschlug. Die Mitte, die Deutungshoheit über die Mitte ist immer auch Spielball sich verändernder wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Konstellationen. So verlieren Ende der siebziger Jahre die meisten Sozialdemokraten in Europa die Mehrheit.

Sprecher:

In der der Bundesrepublik geschah dies 1982. Die Christdemokraten, die sich ohnehin qua Naturgesetz zur Regierungspartei berufen fühlten, gewannen die Deutungshoheit über die Mitte zurück. Helmut Kohl redefinierte die neue politische Mitte wieder zur alten politischen Mitte und selbstverständlich nannte er seine Koalition eine Koalition der Mitte und selbstverständlich entstand sie als bürgerliche Koalition im Bunde mit der FDP. Als Zünglein an der Waage galt diese damals als die mittigste Partei schlechthin. Aber es war Helmut Kohl der beispielhaft die Sehnsucht der deutschen Gesellschaft nach Mitte verkörperte.

Sprecherin :

Keine Ideologien bitte,

Sprecher:

höchstens die von der Freien Marktwirtschaft,

Sprecherin:

Keine Utopien bitte,

Sprecher:

höchstens die vom Mauerfall.

Sprecherin:

Dann fiel die Mauer.

Systemalternativen, Ideologien und Utopien waren erst mal passé. Die politische Mitte galt als gewissermaßen eingelöste Utopie. Es war sogar die Rede vom Ende der Geschichte.

Sprecher:

In diesem alternativlosen Kontext versuchen die Sozialdemokraten sich neu zu positionieren, mehr noch, sich neu zu erfinden. Das Ergebnis ist der so genannte "Dritte Weg": Bill Clinton beschrift ihn 1992 mit den New Democrats. 1997 folgte Tony Blair mit "New Labour", und ein Jahr später rief Gerhard Schröder die "Neue Mitte" aus. Der dritte Weg sollte ein Mittelweg werden zwischen Reaganomics und Thatcherismus auf der einen Seite und den gescheiterten Projekten des Sozialismus auf der anderen.

Sprecherin:

"Innovation und Gerechtigkeit" lautet folglich der vielversprechende Slogan mit dem die SPD zurück an die Macht kommt.

Take 7: Gerhard Schröder:

Die neue Mitte hat sich entschieden, sie ist von der SPD zurück gewonnen worden,

Sprecher:

Bald darauf erscheint das Schröder/Blair Papier. Ein Modernisierungskonzept für die europäische Sozialdemokratie.

Take 8: Tony Blair

A manifest of the modernizing of the center-left and social democracy and for modernizing Europe

Sprecherin:

Ein Manifest zum dritten Weg welches postuliert: die meisten Menschen teilen ihre Weltsicht längst nicht mehr nach dem Dogma von Links und Rechts ein. Pragmatismus statt Ideologie so lautet das zeitgemäße Credo. "Ideologisch" steht von nun an für eine eingeschränkte Wahrnehmung der Wirklichkeit durch eine bestimmte, nämlich linke Brille. Pragmatisch steht dem zufolge für eine unideologische Wirklichkeitswahrnehmung. Tatsächlich aber ist das Schröder-Blair-Papier zutiefst ideologisch: Es nimmt eine Umwertung der sozialdemokratischen Grundwerte vor. Die bis heute nicht aufgearbeitet ist. Robert Zion von den Grünen.

Take 9: Robert Zion

Der Ausspruch, es gibt keine Ideologien mehr ist natürlich selbst hochideologisch, also es wird immer die Gegensätze geben, der Weltanschauungen, der Menschenbilder, auch der politischen Vorstellungen und Programmatiken und Konzepte, das werden wir nicht aus der Welt schaffen und das ist auch gut so, schon allein der Versuch, das aus der Welt schaffen zu wollen würde zu Totalitarismen führen. Der Ausspruch TINA: "There is no Alternative", stammt ja von Margret Thatcher, und sie meinte in der Tat, das kapitalistische System ist alternativlos geworden, auf der realen Ebene ist es mittlerweile auch so. Man kann nur noch in ihm agieren, es gibt kein Außen mehr. Und da es keine Alternative mehr gibt, ist das sozusagen der Mainstream, die politische Mitte. Das ist ne konstruierte Mitte.

Sprecher:

Konstruiert ist diese Mitte nicht nur, weil sie politische Alternativen ausschließt. Die parteispezifischen Milieus lösen sich auf, die traditionellen Sinnstifter verlieren zusehends an Vertrauen - seien es Parteien, Gewerkschaften, Verbände oder die Kirchen. Ähnlich wie die Wähler immer weniger Unterschiede zwischen den Parteien finden, stochern diese im Nebel bei der Frage, wohin sich ihre ehemaligen Stammwähler zerstreut haben und konstruieren sich eine virtuelle Wählerschaft.

Take 10: Gerhard Schröder

Die politische Mitte, die wir für unsere Arbeit in Anspruch nehmen, ist der entscheidende Motor der gesellschaftlichen Modernisierung. Sie ist offen für alle, die teilhaben sollen und die teilhaben wollen. Von der Mitte aus wird die Gesellschaft politisch geführt, wohlgernekt geführt, meine Damen und Herren, also weder verwaltet noch zurückgezerrt.

Sprecherin:

Einigkeit herrscht darüber, dass die gesellschaftliche Mitte, sprich die Mittelschicht, ein vielschichtiges Phänomen und Tummelplatz der Wechselwähler ist.

In diesem Pool wollten die Sozialdemokraten 1998 Stimmen fischen: die der Leistungsfähigen, Flexiblen, gut Ausgebildeten, Eigenverantwortlichen. Ungelernte Arbeiter, Arbeitssuchende, oder Jugendliche ohne Ausbildung, also all jene, die einst mit zur Stammwählerschaft gehörten, sollten sich nur angesprochen fühlen, falls sie unbedingten Leistungswillen und Einsatzbereitschaft zeigen. Wieder einmal wurde der Vergleich des Sozialstaats mit einer Hängematte bemüht - als die er allerdings keinesfalls begriffen werden sollte.

Take 11: Gerhard Schröder

sondern begriffen werden muss als ein Trampolin in das man hineinfällt, von dem man aber raus geschleudert wird und werden muss.

Take 12: Robert Zion

Was war New Labour, was war der dritte Weg? Der dritte Weg war das Eingeständnis der Sozialdemokratie, den Umbruch der Gesellschaft nicht mehr mit ihren eigenen Konzepten händeln zu können. Die SPD hat sich in der Tat geflüchtet in: wir doktern jetzt daran rum, wir versuchen einen Anschein unseres progressiven reformerischen sozialdemokratischen Anspruchs zu bewahren. Aber im Kern war es: Deregulieren, Sozialstandards abbauen und das immer mit dem Erklärungsmuster des Pragmatismus unterlegt.

Sprecher:

Das klassisch historische Bündnisprojekt der SPD war stets die Allianz des unteren mit dem mittleren Drittel der Gesellschaft - unter dem Leitspruch von Solidarität und Gerechtigkeit. 1998 hatten die gesellschaftliche Mitte und die neue Unterschicht seit langem wieder ein gemeinsames Anliegen. Sie suchten politischen Schutz gegen die sozialen Verwerfungen der Globalisierung. Es wäre eine gute Zeit gewesen für die Neudefinition einer demokratischen Linken, die nach 1989 von der Last des kommunistischen Systems befreit war.

Diese Chance ist vertan worden. Jedenfalls für die SPD. Matthias Machnig, Wirtschaftsminister in Thüringen, war der Wahlkampfleiter jener Jahre, heute fühlt er sich missverstanden.

Zitator:

Das Missverständnis besteht in Folgendem: dass die Einen verstanden haben, die politische Mitte ist ein Kampf um Deutungshoheit, bezogen auf 1998, auch der Versuch, Wählersegmente von der CDU nach 16 Jahren unmittelbar zur SPD zu holen. Jetzt haben einige das verstanden als inhaltliches Konzept....

Sprecherin:

Dabei hatte schon Konrad Adenauer von Deutungshoheiten gesprochen, ein alter Hut also.

Zitator:

Es zeigt sich, dass das Verständnis von politischer Mitte, oder von dritten Wegen, wie sie eine Zeitlang proklamiert worden sind, sehr unterschiedlich interpretiert worden ist. Für die einen war das die wirtschaftsliberale Öffnung, für die anderen war es ein strategisches Auseinandersetzungsfeld, um Deutungshoheit zu besetzen.

Sprecher:

Gerd Langguth:

Take 13: Gerd Langguth

Ein Teil der Diskussion um die Fragen der neuen Mitte, war in der Tat eine Diskussion, die die Empfänger nie erreicht hat. Es war eher eine Diskussion esoterisch im eigenen Parteibereich hängenbleibend was überhaupt das Problem der politischen Parteien häufig ist, dass dort interne Diskussionen geführt werden, die dann letztlich in der Breite der Öffentlichkeit überhaupt nicht ankommen. Und das war auch mit der Diskussion um die neue Mitte so.

Sprecherin:

Schon ein Jahr nach dem Wahlsieg platzte das nur für diesen Sieg konstruierte Bündnis von Modernisierern und Schutzbedürftigen, von Gewinnern und Verlierern mit dem Abgang von Oskar Lafontaine. Er sah in der neuen Mitte kaum noch Raum für genuin sozialdemokratische Politik.

Sprecher:

Immerhin räumte Sigmar Gabriel, der heutige Parteivorsitzende der SPD schon 2003 ein:

Take 14: Sigmar Gabriel:

Mein Eindruck ist, dass wir den Kontakt zu den Leuten verloren haben die eigentlich unsere alte Mitte gewesen sind. Wir haben uns sehr um die neue Mitte gekümmert. Wir haben aber offensichtlich vergessen, dass ein Koch in Deutschland 800 ? netto Einkommen hat und wenn er zwei Kinder hat, dann muss er heute zehn Prozent seines Einkommens für Kindergartenplätze ausgeben. Liebe Genossinnen und Genossen. Das ist ein Problem, warum wir bei denen nicht mehr verstanden werden.

Take 15: Robert Zion

Ob die SPD ihre Klientel verraten hat, da bin ich mir nicht so sicher, ich glaube, sie hat ihre Klientel neu zu definieren versucht, und ganz einfach diejenigen, die raus gefallen sind aus dem Prozess, links liegen lassen, im wahrsten Sinne des Wortes links liegen lassen. Und die parlamentarische Repräsentanz ist jetzt da dieser Menschen und vielleicht hat auch der Umgang mit der Linken gerade auch damit zu tun, dass man in der SPD genau

weiß, dass sie da die Ergebnisse ihres eigenen Fehlverhaltens plötzlich im Parlament sitzen haben.

Musik

Sprecherin:

Doch wie verhielt es sich damals eigentlich mit Bündnis 90/die Grünen? Schließlich saßen sie mit auf der Regierungsbank. Als linke und Friedenspartei haben sie

die Mehrzahl der sozial unfreundlichen Gesetze -devot und tapfer zugleich- mit exekutiert.

Robert Zion ist einer der wenigen Grünen, die die damalige Regierungsbeteiligung kritisch sehen.

Take 16:Robert Zion

Die Grünen, das ist wirklich eine hochinteressante Frage. Weil, als wir 1998 mit der SPD in die Regierung gingen, haben wir uns erstmal ergeben in diese Antwortlosigkeit der SPD. Die SPD hatte ja noch die Situation, dass sie den Links- oder traditionssozialdemokratischen Flügel mit Oskar Lafontaine stark repräsentiert hatte und diesen Dritten- Weg- Flügel mit Schröder. Und wir haben das erstmal so hingenommen und die Situation war nicht lösbar und dann kam irgendwann die Linksabspaltung der SPD und dann haben wir uns auf diesen dritten Weg, der ein Holzweg war, mitgegeben.

Take 17: Gerd Langguth

Die Entwicklung der Grünen ist ja sehr interessant. Die Grünen waren ursprünglich eine eher linksradikale nicht völlig extremistische Partei, sie kam aus einem bestimmten Milieu, aus einem bestimmten Lager. Wenn man die TAZ, die damals den Grünen nahestand, heute liest, wird man die gewaltige Veränderung der Grünen ansehen können, eine Entwicklung von einer Antiparteipartei hin zu einer Partei, die ich mal als neobürgerlich bezeichnen möchte.

Take 18: Robert Zion

Man muss sich ja mal vorstellen, als die Grünen zum ersten Mal 1980 war es glaub ich, in den Bundestag eingezogen sind, die mussten ja durchs Spalier gehen, das war ja richtig schlimm. Und dieser Mechanismus von der totalen Ablehnung bis zur Affirmation, der ist ja sogar verständlich, finde ich.

Sprecher:

Dazugehören, mitregieren. Ohne den Weg in die politische Mitte zu gehen, scheint das

-insbesondere auf Bundesebene- nicht möglich. Dabei hatten die Grünen durchaus

originäre Konzepte für den Wandel von der Industriegesellschaft in eine postmaterielle

Gesellschaft, standen für einen Arbeitsmarkt mit Grundeinkommen.

Take 19: Robert Zion

Das wurde allerdings aufgegeben, um eben mit der SPD regierungsfähig zu werden, bei den Grünen ist das ein wichtiger Begriff, es geht immer um Anschlussfähigkeit. Wir können keine gesellschaftlichen Konflikte stilllegen mit unserem Wählermilieu, wie die SPD das kann, oder die CDU, wir können immer nur Avantgarde sein, politische, das ist ja eigentlich unsere Rolle- und das ist das Problem, das die Grünen haben. Das wiederholt sich auch jetzt aktuell mit der Frage Schwarz-Grün, Ja oder Nein. Wenn wir diese Rolle, die wir haben, aufgeben, immer mit der Prämisse, wir müssen anschlussfähig sein, Ja, dann muss man sich irgendwann die Frage stellen: wozu dann noch grüne Partei? Wenn die Grünen immer nur das Korrelativ zu den anderen sind und nicht mehr das Korrektiv.

Sprecherin:

Da liegt die Annahme nahe, dass auch die Grünen inzwischen zu einer Allerweltpartei geworden sind. Programmatisch breit genug aufstellt, um am Tisch in der Mitte teilzunehmen an der Koalitionslotterie, wo jeder mit jedem kann.

Take 20: Renate Künast

Das zeigt uns was: Dass in Stadt und Land die Grünen in der Mitte der Gesellschaft angekommen sind.

Sprecher:

2001 erreicht der Zirkus um die politische Mitte seinen vorläufig grotesken Höhepunkt. Franz Müntefering führt in der Frankfurter Rundschau aus:

Sprecherin:

"warum für die CDU in der Mitte kein Platz ist".

Sprecher:

Darauf hin entspinnt sich in der Zeitung ein Disput zwischen CDU und SPD, bestehend aus 6 Beiträgen in Sachen Deutungshoheit über die politische Mitte. Mit von der Partie war auch Jürgen Rüttgers.

Take 21: Jürgen Rüttgers

Die neue Mitte ist das Spielfeld von Herrn Schröder, das ist ein Konstrukt, die gibt es in der Wirklichkeit gar nicht. Aber natürlich gibt es einen Kampf um die politische Mitte und die ist da, wo Wahlen gewonnen werden und das ist schon wahr, das Schröder versucht, die CDU aus der Mitte zu vertreiben.

Sprecherin:

Und umgekehrt. Eine derartige Übereinstimmung der politischen Basisideen zwischen den Fraktionen, mehr noch, zwischen Regierung und Opposition hatte es in der deutschen Parteiengeschichte zuvor noch nicht gegeben.

Sprecher:

Die große Koalition 2005 war, so kann, aber muss man es nicht sehen, eine logische Konsequenz. Inhaltlich ähnlich entkernt wie die beiden großen Parteien, ist die politische Mitte auf die sie sich berufen. Das Resultat davon ist eine personalisierte Mitte in Gestalt der Bundeskanzlerin Angela Merkel. Der Vorsitzenden einer, wie es bis heute heißt, "sozialdemokratisierten Union". Der SPD fällt die Rolle vom Hasen zu.

Sprecherin:

So sehr sich die SPD auch mühte, die Kanzlerin war immer schon da.

Die Union musste sich auch kaum bewegen, um der SPD das Mitte Territorium abzuluchsen. Die SPD unter Schröder war schon weit genug nach rechts gerückt. Deutungshoheitsvolle Worte genügten.

Take 22: Angela Merkel

Wir sind offen für Neues und bewahren Bewährtes. Das ist der Kurs der Mitte. Die Zukunft Deutschlands liegt in der Mitte. Ganz gleich, welche Kapriolen andere drehen, wir halten Kurs. Da, wo die Mitte ist, sind wir und da, wo wir sind, ist Mitte.

Sprecher:

ruft Angela Merkel den fast 1000 Delegierten auf dem CDU-Parteitag 2007 zu.

Mehr als 35-mal beschwört Merkel in ihrer Rede die "Mitte". Mit irgendetwas muss man ja punkten, wenn die Unterschiede so rar sind.

Take 23: Gerd Langguth

Ich sehe wenig Möglichkeiten aus dem Dilemma der Mitte und das ist ein Dilemma, herauszukommen, weil jeder in der Mitte sein will und jede Partei die sich von der Mitte entfernt, nicht mehrheitsfähig ist. Ich sehe nur insoweit einen Ausweg, als jede Partei verpflichtet ist, die der Mitte zugehörig ist auch ihre geistigen Grundlagen zu offenbaren und nicht nur eine reine pragmatische Machthuberei vorzunehmen, man muss schon das Gespür, das Gefühl haben, dass Parteien wissen was es bedeutet, wie die Gesellschaft der Zukunft aussieht.

Sprecherin:

Pragmatische Machthuberei. Auf diesem Zug fuhr schon Gerhard Schröder. Die Bundeskanzlerin brauchte nur noch aufzuspringen. Gerd Langguth, ehemaliges Mitglied des CDU-Bundesvorstandes hat eine Biografie über Angela Merkel verfasst und beschreibt sie als:

Take 24: Gerd Langguth

Eine unideologische pragmatische Problemlöserin. Sie liebt überhaupt keine ideologischen Auseinandersetzungen, das hat ihr übrigens auch ein Großteil der Sympathien in der Bevölkerung eingebracht. Das Versprechen der Politik nach Sicherheit, auch nach ökonomischer Sicherheit, das ist das, was jeden Politiker, egal ob er oder sie links oder rechts oder in der Mitte oder wo auch immer steht. Dieses Versprechen ist letztlich das entscheidende Versprechen, das begann schon auch mit Clinton, wie er den berühmten Satz gesagt hat: It's the economy stupid, es ist die Wirtschaft, Dummerchen.

Sprecher:

Aber welche Wirtschaft? Mit der Behauptung, es gebe keine linke oder rechte

Wirtschaftspolitik, sondern nur eine richtige oder falsche bzw. eine moderne und eine altmodische, hatte schon Gerhard Schröder unnötig Verwirrung gestiftet.

Folgt man den Gewerkschaften, hat die SPD das bessere Konzept. Die Mehrzahl der

Arbeitgeber hingegen sieht die Wirtschaftskompetenz bei den Unionsparteien. Es geht also

um verschiedene Interessen. Um politische Ideologie.

Sprecherin:

Von einer Ideologie leiten lässt sich auch die angeblich unideologische Kanzlerin. Es ist ihr Wachstumsglaube. Die Mitte unter Merkel ist Name für ein fragwürdiges wirtschaftliches Erfolgsversprechen, das nur unter der Bedingung forcierten Wachstums eingelöst werden kann. Wieder einmal an die Wand gemalt wird eine Mitte ohne Alternative, eine Mitte, die einer Drohung gleichkommt: Nur mit Wachstum können wir den Sozialstaat aufrecht erhalten. Diese Drohung appelliert an die Abstiegsängste der breit gefächerten Mittelschicht, und verschärft damit die Gefahr von Verteilungskämpfen.

Sprecher:

Die Politik der Wachstumsbeschleunigungsgesetze umgibt der fiskalische Ernst einer Haushaltsfrage. Sie besteht aus administrativen und organisatorischen Problemen. Es geht um Kilometer, um Jahre, um Netto und Brutto, um Humankapital und Krämergeist.

Take 25:Robert Zion

Es würde auch eine Entwicklung bestätigen, die in die Richtung geht, dass Politik immer mehr ja Verwaltung wird, Verwaltung eines angeblich objektiven vorgegebenen Sachzusammenhangs, wo es dann sachliche Lösungen gibt, wo dann rein instrumentelle Vernunft von Nöten ist, aber so, was politische Ziele, Idealvorstellungen, der ganz normale politische Wille an Gültigkeit verliert.

Sprecherin:

Der soziale Aufstieg, der ersten drei Nachkriegsjahrzehnte, der Fahrstuhl, in dem Willy Brandts neue Mitte nach oben fuhr, schaltete ab den 80-er Jahren in die Gegenrichtung um, nach unten. 1998 konnte die SPD einen Teil ihrer Stammwähler für die neue neue Mitte zwar noch mobilisieren, aber eine politische Heimat bieten konnte sie ihnen nicht mehr.

Musik

Sprecher:

Die Unionsparteien sind auf die Zukunft auch nicht besser vorbereitet. Noch zehren sie stärker als die SPD von den Traditionsmilieus, von den älteren Bürgern, denen das christliche Weltbild noch heilig und die klassische Familie lieb und teuer sind. Doch die großen gesellschaftlichen Trends: Pluralisierung der Lebensstile und Individualisierung gehen auch an den Christdemokraten nicht spurlos vorbei. Auch ihre Politiker bleiben

inzwischen Singles, leben in Patchworkfamilien oder bekennen sich zur gleichgeschlechtlichen Beziehung.

Sprecherin:

Der wirtschaftsliberale Flügel der CDU hat mit all dem am wenigsten Probleme und wird momentan von der FDP gut bedient. Die Konservativen murren, einige drohen gar mit der Gründung einer Partei rechts der Mitte.

Take 26: Gerd Langguth

Es gibt immer weniger Flügelpersönlichkeiten, und Angela Merkel muss als Parteivorsitzende irgendwie sehen, dass sie auch ihrer eigenen Basis die Motivation bringt: was ist eigentlich heute noch in der Welt der Gegenwart noch das spezifisch Christlich Demokratische. Ein klassischer Christdemokrat hat zum Beispiel eine andere Einstellung zur Bundeswehr, nämlich in der Regel eine sehr positive, überhaupt zum Staat, ein klassischer Christdemokrat hat immer eine relativ offene Beziehung zur Notwendigkeit der inneren Sicherheit, dass die vorhanden sein muss und natürlich, was die ökonomischen Fragen angeht, ja immer auch ne Verbindung zur Sicherheit der Arbeitsplätze.

Sprecher:

Der sozialkatholische Flügel der CDU kommt kaum noch vor. So, wie das Christliche überhaupt - außer in Sonntagsreden- zunehmend nur als Träger der Leitkultur angerufen wird.

Sprecherin:

Angela Merkel liegt mit ihrem progressiven oder sanften Konservatismus durchaus im europäischen Trend. Als Antwort auf den Rechtsrucks der Mitte-Links-Parteien in den 90-Jahren drifteten die Mitte- Rechts-Parteien dann inhaltlich nach links. Sie attackieren, nein sie umarmen nachgerade die Mitte- Links- Konkurrenz auf deren eigenem Territorium: Dem Sozialstaat. Mit ihrer - unstrittigen - Wirtschaftskompetenz, so das Argument, seien sie für dessen Bewahrung besser geeignet als die Sozialdemokraten.

Take 27: Angela Merkel

Wir werden die Kraft sein, die Kraft der Mitte, die Kraft, die darauf achtet, dass auf der einen Seite wirtschaftliches Wachstum in unserm Lande möglich ist, und auf der andern Seite aber die Interessen aller Menschen auch wirklich durchgesetzt werden.

Sprecher:

In Schweden, dem Wohlfahrtsstaat per se ist diese Rechnung für die Moderaten, wie sich

die Konservativen dort inzwischen nennen aufgegangen.

Sie haben ihren Wahlkampf an der Tatsache ausgerichtet, dass der Wohlfahrtsstaat den Schweden ein unumstößliches Anliegen ist. Auch David Cameron, der neue englische Premier von den Tories hat seine Partei inhaltlich neu ausgerichtet. Er hat das ausgefuchste Kampagnenmodell von Tony Blair inhaltlich neu gefüllt und dann Labour mit eigenen Waffen geschlagen. Von George W. Bush entlehnten Camerons Spin Doctoren noch den Slogan des "compassionate conservatism". Der steht derzeit in Europa hoch im Kurs. Mitfühlender Konservatismus? Das kann unsere Kanzlerin auch.

Take 28:Angela Merkel:

und auf der andern Seite aber die Interessen aller Menschen auch wirklich durchgesetzt werden und wir ein Herz für all diejenigen haben, die auch Hilfe und Solidarität brauchen.

Take 29:Gerd Langguth

Wenn ich meine Studentinnen und Studenten frage, man möge mir doch mal den Unterschied zwischen SPD und CDU/ CSU nennen, dann ist es teilweise schon außerordentlich schwer. Weil natürlich sich die politischen Parteien in der Rhetorik bis hin zu den Zielsetzungen zumindest vordergründig annähern. Und was mir auch auffällt ist, dass die leidenschaftlichen Diskussionen, die ich teilweise, ohne zu behaupten, dass früher alles besser und schöner war, aber die ich teilweise in meiner Jugend erlebt habe, wo auch noch über Systemalternativen diskutiert wurde, dass diese Leidenschaft eigentlich weitgehend nachgelassen hat und wenn unsere Demokratie und auch die Zukunft unserer Gesellschaft allzu vielen gleichgültig ist, wenn also hier kaum noch wirklich Leidenschaft entwickelt wird, dann sehe ich auch Gefährdungen für die Demokratie.

Take 30 :Robert Zion

Also die Formulierung von Alternativen und auch Widersprüchen ist ja eigentlich der Sinn und das A+O des Parlamentarismus. Wenn das nicht mehr möglich sein soll, und wenn alle nur noch über das Regieren reden, ja dann können wir ja gleich die Monarchie wieder einführen.

Spr. vom Dienst

Wir sind Mitte

oder die Angst vor politischen Alternativen

Eine Sendung von Eva Hillebrand

Es sprachen: Simone Kapst und Robert Frank

Ton: Ralf Perz

Regie: Stefanie Lazai

Redaktion: Constanze Lehmann

Produktion: Deutschlandradio Kultur 2010

Link zur Audioversion der Sendung:

<http://www.dradio.de/aod/html/?station=3&broadcast=348697&date=20101108&>